



[AfD Kreisverband Mühldorf am Inn – Willkommen auf unserer Webseite \(xn--afd-mhldorf-xhb.de\)](http://xn--afd-mhldorf-xhb.de)

01.03.2024



Haushaltsrede Kreistag 2/2024

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Kollegen des Gremiums, und geschätzte Damen und Herren der Verwaltung,
Zunächst gilt unser Dank der Kämmerei unter Markus Heimpl und seinen Mitarbeitern, sowie allen anderen Mitarbeitern der Verwaltung, die dazu beigetragen haben diesen Haushalt unter den bekannt schwierigen Umständen auszuarbeiten.

Die Rahmenbedingungen unter denen der Kreis aber auch die Kommunen wirtschaften müssen verschlechtern sich in kurzer Zeit drastisch. Schaut man sich die Planung für die kommenden Jahre an, so wird klar:

Wir werden vom Gestalter zum Notstandsverwalter!

Abzusehen war das bereits beim letzten Haushaltsentwurf im Februar 2023.
Die von unserer Fraktion damals geäußerte Kritik, der allzu optimistischen Ansätze wurde dann auch durch die Notwendigkeit eines Nachtragshaushalts bestätigt.
Ebenso wurde damals von uns auf Entscheidungen höherer politischer Ebenen hingewiesen, auf die wir hier im Kreis und in diesem Gremium keinerlei Einfluss haben, mit deren drastischen Auswirkungen wir uns aber hier auseinandersetzen müssen, und dass uns diese Entscheidungen geradezu in eine weitere Verschuldung treiben. Für diese Beurteilung wurden wir damals von einigen Kollegen des Gremiums gescholten. Heute, ein Jahr später haben sich leider all unsere damals vorgetragenen Kritikpunkte bestätigt.

Beim jetzt vorgelegten Haushaltsplan wurde erkennbar realitätsbezogener geplant, was wir als AfD Fraktion sehr begrüßen. Die bei der Verwaltung in diesem Zusammenhang vorgesehenen Einsparungen bei Personal und technischer Aufrüstung sind derzeit absolut angezeigt, aber

angesichts der stetig wachsenden Aufgaben, welche von über geordneten Ebenen auf die Kreise delegiert werden ebenso wenig dauerhaft aufrecht zuhalten, wie die Einsparungen beim Unterhalt der Verkehrsinfrastruktur.

Positiv hervorzuheben ist, dass die wichtigen Investitions- Maßnahmen in den Bildungseinrichtungen Gymnasium Waldkraiburg und Mühldorf sowie des FZ-Waldwinkel weiter verfolgt werden können.

Die erneute Erhöhung der Kreisumlage auf 55,3 % aber ist höchst ärgerlich, und eine weitere unverhältnismäßige Belastung für die Städte und Gemeinden, die dadurch gezwungen werden ihre Haushalte zu kürzen, oder auch teilweise neue Schulden machen müssen. Der Landkreis Mühldorf ist damit an der Spitze der Oberbayerischen Landkreise.

Altötting kommt voraussichtlich trotz der gleichen Belastungen aus dem Innklinikum ohne Erhöhung der Kreisumlage aus, was doch bemerkenswert ist.

Nach unserer Auffassung sind diese 55,3% allerdings das absolute Maximum, was den Kommunen auferlegt werden kann. Insbesondere auch deshalb, weil der Kreis noch immer in erheblichem Umfang freiwillige Leistungen von ca. 1,6 Millionen Euro ausschüttet. Außerdem im Haus auch noch nicht alle Einsparungspotenziale ausgeschöpft wurden. So gibt es z. B. im Fachbereich 11 sogar eine Steigerung bei den Personalkosten von 2023 auf 2024 um 20 %.

Ganz Grundsätzlich müssen in allen Fachbereichen nicht unbedingt notwendige Dinge hinterfragt werden, welche in den guten Jahren eingeführt und finanzierbar waren, deren Fortführung aber zukünftig nur mit einer weiteren Verschuldung oder einer nochmaligen Steigerung der Kreisumlage darzustellen ist.

Als Beispiele seien an dieser Stelle nur stellvertretend genannt, die Projekte Ökomodellregion Mühldorfer Land, „Lernen vor Ort“, die Familienstützpunkte, der Kulturfördertopf oder die doch sehr umfangreiche Wirtschaftsförderung.

Es wäre zukünftig weder den Kommunen eine weitere Erhöhung der Kreisumlage zu vermitteln, noch eine Ausweitung der Verschuldung zu verantworten, wenn nicht wirklich alle Sparmöglichkeiten vollends ausgeschöpft werden!

Den Beziehern von freiwilligen Leistungen sollte in diesem Zusammenhang zeitnah mitgeteilt werden, dass sie in den nächsten Jahren mit weiteren erheblichen Kürzungen rechnen müssen. Klar aber ist, und das macht die Dramatik der Situation eindringlich deutlich, ohne die angedachte Ermächtigung für 14 Millionen Neuverschuldung ist trotz der steigenden Kreisumlage und dem Verkauf von Grundstücken kein genehmigungsfähiger Haushalt darstellbar.

Ein Zustand, welcher völlig absurd erscheint, angesichts der Tatsache, dass dieser Staat durch alle Verwaltungsebenen voraussichtlich 964 Milliarden Euro Steuereinnahmen in diesem Jahr generiert, aber das Geld für eine vernünftige und solide Ausstattung der Kommunen im „besten Deutschland aller Zeiten“ offensichtlich nicht reicht!

Der hier vorgelegte Haushalt spiegelt in erheblichen Umfang die Situation im ganzen Land wieder. Viele Landkreise und Kommunen geht es ähnlich wie uns. Insbesondere im Bereich der stationären Gesundheitsversorgung. In Bezug auf unseren größten Verlustfaktor, dem Innklinikum und dessen Auswirkungen auf den Kreishaushalt ist bereits alles gesagt. 17 Millionen anteiliger Verlust kosten uns jeden Gestaltungsspielraum. Und Abhilfe durch eine Reform des Krankenhausfinanzierungs-Gesetz ist weiterhin nicht in Sicht.

Dazu kommen noch Einschränkungen bei der Versorgung, wie an der Schließung der Schmerztherapie im Klinikum Mühldorf deutlich wird.

Inflationsbedingt massive Steigerungen bei den Personal und Energiekosten, sowie erneut höhere Kosten in der Kinder und Jugendhilfe belasten zusätzlich mit 770.000 Euro. Diese sind zu einem

erheblichen Teil verursacht durch die ideologisch motivierte Migrationspolitik der derzeitigen und vorhergehenden Bundesregierung. Auch hier warten wir weiterhin auf Kompensation vom Bund! Zusammengefasst muss festgestellt werden: Der Bund gibt erhebliche Mittel für alle möglichen mehr oder wenige sinnvollen Vorhaben und Projekte in aller Welt aus, lässt dabei aber gleichzeitig Landkreise und Kommunen finanziell ausbluten! Die berühmten Radwege in Peru sind dabei nur die Spitze eines gigantischen Eisbergs!

Sollte sich dies nicht schnellstens ändern werden viele Kommunen in eine Schuldenspirale getrieben, aus der sie sich nicht mehr selbstständig befreien können. Es bleibt die Hoffnung auf die Neuwahlen im Bund 2025 und die damit verbundene Hoffnung auf eine andere Politik, welche sich endlich und zuallererst wieder um die Belange des eigenen Landes, seiner Menschen und seiner wichtigen Institutionen kümmert, bevor eine ideologisch-moralisierte Weltenrettung zur Priorität erklärt wird.

Die Kreistagsfraktion der AfD ist nach eingehenden und kontroversen Beratungen zum Ergebnis gekommen, diesem Entwurf mehrheitlich die Zustimmung zu verweigern und mahnt gleichzeitig auch für die Zukunft weitere Einsparungen an.

Die fetten Jahre sind vorbei! Deshalb gilt es eben jetzt auch angesetztes Fett abzubauen!
Die arbeitenden Bürger und Steuerzahler können insbesondere in schwierigen Zeiten einen sorgsamen Umgang mit öffentlichen Mitteln erwarten.

An das Gebot der sparsamen und wirtschaftlichen Haushaltsführung sei an dieser Stelle erinnert!

Oliver Multusch,

Fraktionssprecher der AfD Kreistagsfraktion im Namen der Fraktion